

Antrag

der Abgeordneten Alexander Ulrich, Dr. Diether Dehm, Andrej Hunko, Thomas Nord, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Paul Schäfer (Köln), Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Europa 2020 – Ein nachhaltiges Europa nur mit tiefgreifenden Reformen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Europäische Rat beschloss auf seiner Tagung vom 23. und 24. März 2000 die „Lissabon-Strategie“ mit dem Ziel, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Im Jahr 2010 ist das völlige Scheitern der entsprechenden Politik offenbar. Eine gründliche Aufarbeitung der Ursachen dafür hat jedoch nicht stattgefunden.
2. Stattdessen hat die EU-Kommission am 3. März 2010 ein neues Konzept vorgelegt: „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“. Diese Strategie knüpft weder an den Erfahrungen mit dem völligen Scheitern der Lissabon-Strategie an noch geht sie auf die Auswirkungen und Ursachen der Wirtschaftskrise seit 2008 ein: Die Welt von „Europa 2020“ und die konkreten Realitäten der sich überstürzenden Maßnahmen zur „Rettung“ der Banken, Griechenlands und des Euro scheinen sich überhaupt nicht zu berühren.
3. Bei den bilateralen Finanzhilfen für Griechenland und den Maßnahmen zur Wahrung der Finanzstabilität in der Europäischen Union insgesamt sind früher für unantastbar erklärte Bestimmungen des EU-Vertragsrechts überdehnt und umgangen worden. An Maßnahmen und Vorschlägen für eine umfassende Weiterentwicklung vor allem des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) fehlt es bisher fast vollständig. Wo es einzelne Vorschläge gibt, gehen sie meistens in die falsche Richtung.
4. Die Europäische Union muss die notwendigen Konsequenzen ziehen für die Sicherung der Finanzstabilität und für die Gewährleistung der außenwirtschaftlichen Gleichgewichte zwischen ihren Mitgliedstaaten bzw. den Mitgliedstaaten der Eurozone. Das schließt notwendig Änderungen der vertraglichen Grundlagen der EU ein. Solange das nicht erfolgt ist, bleibt eine auf ein Jahrzehnt ausgerichtete Globalplanung für die gesamte Union völlig unrealistisch und bindet unnötig Kräfte, die für eine grundlegende Reform der Europäischen Union notwendig sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in den Gremien der Europäischen Union dafür Sorge zu tragen, dass die Beratungen über die Strategie „Europa 2020“ ausgesetzt werden,
2. eine intensiv vorbereitete Sondertagung des Europäischen Rats zu beantragen und durchzusetzen, auf der Maßnahmen zur Herstellung von Finanzstabilität und wirtschaftlichen Gleichgewichten und sich daraus ergebende Notwendigkeiten zu Vertragsänderungen erörtert sowie die erforderlichen Schritte zur Einberufung einer entsprechenden Regierungskonferenz beschlossen werden.

Berlin, den 8. Juni 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion